

VOLLE ENERGIE FÜR ERNEUERBARE

Für Klimaschutz und Versorgungssicherheit

UNS GEHT'S UMS GANZE





Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist für viele Menschen die Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung in den Fokus gerückt. Mit der Ampelkoalition haben wir daher in kurzer Zeit eine Reihe von Gesetzen im Bundestag beschlossen, mit denen wir unsere Energieimporte breiter aufstellen, die Bürger*innen sowie Unternehmen bei gestiegenen Energiekosten entlasten und die Versorgungssicherheit gewährleisten. Vor allem aber haben wir eine Ausbauoffensive für erneuerbare Energien gestartet, die die Grundlage für einen ambitionierten Klimaschutz bildet.

Es bleibt aber noch viel zu tun. Und alle Sektoren, auch der Gebäudebereich und der Verkehr, müssen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Mit dem Gebäudeenergiegesetz machen wir einen wichtigen Schritt in diese Richtung. In der Industrie hat die Transformation ebenfalls begonnen, doch auch hier sind weitere Maßnahmen notwendig.

Das Tandem der Energiewende: TURBO FÜR WIND- UND SOLARENERGIE

Windkraft und Solarenergie werden die beiden Eckpfeiler unseres künftigen Energiesystems sein. Die Potenziale der beiden Technologien in Deutschland reichen aus, um unseren Energieverbrauch sicher zu decken. Außerdem sind Windkraft und Solarenergie natürliche Partner: Unsere Winter sind nicht besonders sonnig, dafür aber windreich. Bei Sommerwetter wird fehlender Wind durch starke Leistungen von Solaranlagen kompensiert. Daher haben wir uns dem ambitionierten Ausbau der beiden Technologien verschrieben. Entscheidend für die gute Integration des erneuerbaren Stroms ist ein leistungsfähiges Stromnetz. Darum beschleunigen wir den Netzausbau.

Das Kernstück unserer Vorhaben ist die größte Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) seit 20 Jahren.

Nach 20 Jahren ohne nennenswerte Fortschritte haben wir klare und ambitionierte Ausbauziele vereinbart und auch festgeschrieben, wie sie erreicht werden können. Mit dem Ziel, den Anteil erneuerbaren Stroms bis 2030 auf 80 Prozent zu steigern, schaffen wir Planungssicherheit für Investor*innen, Handwerker*innen, Industrie und Verbraucher*innen. Der Ausbau der Erneuerbaren ist nun auch gesetzlich von überragendem öffentlichem Interesse. Das beschleunigt Planungs- und Genehmigungsprozesse.

Ausbauoffensive für SOLARENERGIE

Mit einem Bündel an Gesetzen und Maßnahmen haben wir der Sonnenenergie in Deutschland einen historischen Schub verschafft: In den ersten beiden Jahren seit Amtsantritt der Ampel-Regierung wurde bereits mehr Solarenergie zugebaut als während der gesamten Zeit der letzten Großen Koalition. Und wir wollen mehr: Wir vereinfachen und digitalisieren den Netzanschluss. Bürger*innen, die eine Solaranlage auf dem eigenen Dach installieren, können künftig wählen, was mit dem erzeugten Strom passiert: ob er voll ins Netz eingespeist oder ein Teil selbst verbraucht wird. So können sie zum Beispiel das eigene E-Auto laden, und nur der produzierte Überschuss fließt ins Netz.

Außerdem haben wir Hürden für Bürgerenergieprojekte abgeräumt und es den Menschen vor Ort damit erleichtert, die Energiewende aktiv mitzugestalten und davon zu profitieren. Das nächste Solarpaket wird gerade geschnürt. Damit wollen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern und unter anderem die Nutzung von Solarkraftwerken auf Balkonen erleichtern. Damit alle bei der Energiewende mitmachen können, möchten wir zudem eine gemeinschaftliche Gebäudeversorgung einführen. Sie ermöglicht es Bewohner*innen von Mehrfamilienhäusern, den Solarstrom von ihrem Dach unkompliziert zu nutzen.

Aufwind für Windenergie

Der Ausbau der Windenergie ist viel zu häufig ausgebremst worden. Das haben wir seit unserer Regierungsbeteiligung geändert.

Das Wind-an-Land-Gesetz garantiert, dass in Deutschland insgesamt zwei Prozent der Landesfläche für den Bau von Windenergieanlagen ausgewiesen werden. Dafür haben wir mit unseren Ampel-Partnerinnen verbindliche Flächenziele für alle Bundesländer vereinbart. Wenn sie möchten, können engagierte Bundesländer und Kommunen dabei auch schon schneller vorangehen.

Der Naturschutz soll dabei nicht den Kürzeren ziehen. Beim Wind-auf-See-Gesetz haben wir klar geregelt, dass genügend Fläche auf See bereitgestellt wird. Jedoch dürfen Naturschutzgebiete als Standorte erst dann in Betracht kommen, wenn die Ausbauziele nicht anders zu erreichen sind.

Unser Handeln zeigt Wirkung: Nach dem 20-Jahres-Tiefstand beim Ausbau der Windenergie während der letzten Großen Koalition gibt es bei Genehmigungs- und Zubauzahlen nun wieder einen robusten Aufwärtstrend – auch wenn hier noch weitere Arbeit getan werden muss.





Energie effizienter nutzen und einsparen

Die günstigste Energie ist und bleibt die, die eingespart wird. Deshalb haben wir ein Energieeffizienzgesetz auf den Weg gebracht, das allen dabei hilft, den Verbrauch zu senken.

Zusätzlich zu politischen Maßnahmen können aber schon jetzt alle einen Beitrag leisten: zuhause zum Beispiel mit bewusster Lüftung oder sparsamem Umgang mit Warmwasser, in den Kommunen mit dem Einrichten von Wärmenetzen und in der Industrie mit geschickter Prozessplanung. Auch dafür wollen wir die nötigen politischen Leitplanken setzen.

Neue Wohngebäude beispielsweise müssen künftig den Effizienzhaus-55-Standard erfüllen, das haben wir bereits gesetzlich verankert. Zudem fördern wir Bürger*innen, die sich beim Thema Wohnen für energiesparende Modelle entscheiden, ob beim Neubau oder der Sanierung eines alten Hauses. Mit dem Energieeffizienzgesetz gibt es u. a. erstmals Zielvorgaben zur Nutzung von Abwärme von Industrie und Rechenzentren. Wir brauchen alle diese Maßnahmen, um den Energieverbrauch zu senken, bis 2030 wollen wir mehr als ein Viertel einsparen. Das werden wir als Gesellschaft nur gemeinsam leisten.

AUSSTIEG aus fossiler Stromerzeugung

Der Ausbau von Wind- und Solarenergie muss Hand in Hand mit der Abschaltung fossiler Kraftwerke gehen.

Insbesondere der schnelle Ausstieg aus der Kohlekraft ist entscheidend für die Reduktion der CO₂-Emissionen. In Abstimmung mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen haben wir den Ausstieg aus der Braunkohle bis 2030 im Westen Deutschlands beschlossen. Damit kommen wir einer großen Forderung von Wissenschaftler*innen und Umweltverbänden nach.

Auch im Osten wird der Kohleausstieg deutlich vor 2038 kommen – schon aus ökonomischen Gründen.

Wir wollen ihn aktiv gestalten und mit Fördermaßnahmen unterlegen: Deren Ziel ist es, neue Perspektiven und Wertschöpfungsmöglichkeiten für die Regionen zu erschließen und wirtschaftliche Initiativen vor Ort zu unterstützen. Indem wir diese Potenziale nutzen, machen wir die Transformation der ehemaligen Kohleregionen zu einer Erfolgsgeschichte.





Viele Menschen wollen wissen, wie es um unsere Versorgungssicherheit steht. Wir Grüne im Bundestag nehmen diese Frage sehr ernst. Neben der Ausbauoffensive für die Erneuerbaren und der Stärkung der Energieeffizienz haben wir eine Reihe weiterer Maßnahmen für unsere Versorgungssicherheit sowie für eine bezahlbare Energieversorgung ergriffen.

Kurzfristig gehört dazu die Diversifizierung unserer Energieimporte. Mit dem Bau von LNG-Terminals werden die Kapazitäten für die Anlieferung von Flüssiggas erhöht. Für die festen LNG-Terminals haben wir gesetzlich sichergestellt, dass sie zukünftig statt Erdgas grünen Wasserstoff und Ammoniak importieren können. Damit reduzieren wir die Gefahr einer längerfristigen Abhängigkeit von fossilem Gas. Uns ist bewusst, dass der Gasbedarf in den kommenden Jahren insgesamt sinken muss und wird.

Darüber hinaus haben wir Mindestfüllstände für Gasspeicher festgelegt, um die Wärmeversorgung im Winter abzusichern. Bei akuten Mängellagen, wie sie insbesondere in der Winterzeit befürchtet werden, können wir auch die Stein- und Braunkohle aus der Reserve holen. Insbesondere der Einsatz von Braunkohle wird allerdings nur zu den absoluten Spitzenauslastungen im Winter zugelassen.

Die angespannte Lage auf den Energiemärkten hatte im Jahr 2022 die Preise in Rekordhöhen getrieben. Darum haben wir Bürger*innen und Unternehmen mit der Energiekostenpauschale und den Strom- und Gaspreisbremsen schnelle Unterstützungen zukommen lassen, um kurzfristige Härten abzufedern. Mit dem Schub für erneuerbare Energien sorgen wir außerdem für ein dauerhaft günstiges Stromsystem.

Insgesamt stellen wir die Weichen in Richtung einer klimaneutralen Energieversorgung. Auch in der Krisenzeit haben wir das Wohlergehen der Menschen in Deutschland und die Funktionsfähigkeit von Infrastruktur, Wirtschaft und Industrie gesichert. Das Gebot der Stunde lautet aber: Turbo beim Ausbau der Erneuerbaren und alle Potenziale der Energieeffizienz und zum Energiesparen maximal nutzen! Solidarisch und gemeinsam können wir beides schaffen: Versorgungssicherheit und ambitionierten Klimaschutz.

"Wir machen Tempo beim Ausbau der Wind- und Solarkraft und sorgen dafür, dass der Strom im Jahr 2030 zu 80 Prozent aus Erneuerbaren kommt!"

Katharina Dröge MdB, Fraktionsvorsitzende



BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

bremsengesetz

| 20/2580 | Änderungsantrag EEG und GEG |
|---------|---|
| | Änderungsantrag Wind-auf-See-Gesetz |
| 20/2583 | Änderungsantrag Wind-an-Land-Gesetz |
| 20/2593 | Änderungsantrag Bundesnaturschutzgesetz |
| 20/2402 | Änderungsantrag Energiewirtschaftsgesetz |
| 20/1889 | Änderungsantrag LNG-Beschleunigungsgesetz und |
| 20/7622 | Änderungsantrag LNG-Beschleunigungsgesetz |
| 20/2594 | Änderungsantrag Ersatzkraftwerkebereit- |
| | haltungsgesetz (EKBG) und |
| | Energiesicherungsgesetz (EnSiG) |
| 20/4911 | Änderungsantrag Gas- und Strompreis- |
| | |

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Fachbereich 2 – Ökologie: Ernährung und Landwirtschaft, Klimaschutz und Energie, Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Bauen und Wohnen, Verkehr, Tourismus

TEL 030 227 51097 info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

o _____ gruene-bundestag.de/energie

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

20/5830 Umsetzung der EU-Notfall-Verordnung zu

Windenergie im Raumordnungsgesetz

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Gestaltung: Inga Meyer, Stand: August 2023